



*Ablauf der Referendumsfrist: 10. Oktober 2019*

---

## **Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG)**

### **Änderung vom 21. Juni 2019**

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 28. September 2018<sup>1</sup>,  
beschliesst:*

I

Das Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003<sup>2</sup> über den Finanz- und Lastenausgleich wird wie folgt geändert:

#### *Art. 3 Abs. 3 zweiter und dritter Satz*

<sup>3</sup> ... Bei den Vermögen der natürlichen Personen berücksichtigt er die im Vergleich zu den Einkommen unterschiedliche steuerliche Ausschöpfung. Bei den Gewinnen der juristischen Personen berücksichtigt er die reduzierte Besteuerung der steuerlich privilegierten Gesellschaften.

#### *Art. 3a* Festlegung und Verteilung der Mittel des Ressourcenausgleichs

<sup>1</sup> Der Bundesrat legt die Auszahlungen an die ressourcenschwachen Kantone jährlich aufgrund ihres Ressourcenpotenzials pro Kopf fest.

<sup>2</sup> Die Auszahlungen berechnen sich wie folgt:

- a. Kantone, deren Ressourcenpotenzial pro Kopf unter 70 Prozent des schweizerischen Mittels liegt, erhalten Leistungen aus dem Ressourcenausgleich, sodass ihr Ressourcenpotenzial pro Kopf nach dem Ausgleich 86,5 Prozent des schweizerischen Mittels erreicht.
- b. Für die Kantone, deren Ressourcenpotenzial pro Kopf zwischen 70 und 100 Prozent des schweizerischen Mittels liegt, werden die Leistungen aus dem

<sup>1</sup> BBI 2018 6577

<sup>2</sup> SR 613.2

Ressourcenausgleich progressiv mit abnehmender Differenz zwischen dem Ressourcenpotenzial und dem schweizerischen Durchschnitt reduziert; erzielt ein Kanton mit einem Ressourcenpotenzial von 70 Prozent eine zusätzliche Einheit des standardisierten Steuerertrags, so reduzieren sich die Leistungen um 90 Prozent dieser Einheit.

- c. Die sich aus dem Ressourcenpotenzial pro Kopf ergebende Rangfolge der Kantone darf durch den Ressourcenausgleich nicht verändert werden.

<sup>3</sup> Die Mittel werden den Kantonen ohne Zweckbindung ausgerichtet.

*Art. 4 Abs. 2 und 3*

<sup>2</sup> Die jährliche Gesamtleistung der ressourcenstarken Kantone an den Ressourcenausgleich beträgt zwei Drittel der Leistungen des Bundes.

<sup>3</sup> Die ressourcenstarken Kantone entrichten pro Einwohnerin oder Einwohner einen einheitlichen Prozentsatz der Differenz zwischen ihrem Ressourcenpotenzial pro Kopf und dem schweizerischen Durchschnitt.

*Art. 5, 6 und 8 Abs. 2 Bst. c–e*

*Aufgehoben*

*Art. 9 Abs. 1–2<sup>bis</sup>*

<sup>1</sup> Der Beitrag an den geografisch-topografischen Lastenausgleich im Jahr 2020 entspricht dem Beitrag für das Jahr 2019 von 361 806 484 Franken angepasst um die Teuerung gegenüber dem Vorjahresmonat im April 2019. Der Bundesrat passt die Beiträge für die nachfolgenden Jahre entsprechend an die Teuerung an.

<sup>2</sup> Der Beitrag an den soziodemografischen Lastenausgleich im Jahr 2020 entspricht dem Beitrag für das Jahr 2019 von 361 806 484 Franken, angepasst um die Teuerung gegenüber dem Vorjahresmonat im April 2019. Der Bundesrat passt die Beiträge für die nachfolgenden Jahre entsprechend an die Teuerung an.

<sup>2bis</sup> Die Beiträge an den soziodemografischen Lastenausgleich erhöhen sich im Jahr 2021 um 80 Millionen Franken und ab 2022 dauerhaft um 140 Millionen Franken. Diese Erhöhung wird nicht an die Teuerung angepasst.

*Art. 19 Abs. 8*

*Aufgehoben*

*Art. 19a* Festlegung des Ausgleichs in den Jahren 2020 und 2021

<sup>1</sup> In Abweichung von Artikel 3a Absatz 2 Buchstabe a beträgt im Jahr 2020 das Ressourcenpotenzial pro Kopf der Kantone, die vor Ausgleich weniger als 70 Prozent des schweizerischen Mittels erreichen, nach Ausgleich 87,7 Prozent des schweizerischen Mittels.

<sup>2</sup> Im Jahr 2021 beträgt dieses 87,1 Prozent des schweizerischen Mittels.

*Art. 19b*      Wirksamkeitsbericht 2020–2025

In Abweichung von Artikel 18 Absatz 1 legt der Bundesrat der Bundesversammlung im Jahr 2024 einen Wirksamkeitsbericht vor, der den Zeitraum von 2020–2025 umfasst.

*Art. 19c*      Temporäre Abfederungsmassnahmen zugunsten  
der ressourcenschwachen Kantone

<sup>1</sup> Der Bund stellt die finanziellen Mittel zur Verfügung, mit denen in den Jahren 2021–2025 für die ressourcenschwachen Kantone Veränderungen der Ausgleichszahlungen abgedeckt werden, die sich aus dem Übergang vom bisherigen zum neuen Finanzausgleichssystem ergeben.

<sup>2</sup> Die Mittel nach Absatz 1 betragen für das Jahr:

- a. 2021: 80 Millionen Franken;
- b. 2022: 200 Millionen Franken;
- c. 2023: 160 Millionen Franken;
- d. 2024: 120 Millionen Franken;
- e. 2025: 80 Millionen Franken.

<sup>3</sup> Die Mittel nach Absatz 1 werden an die ressourcenschwachen Kantone pro Kopf der Bevölkerung verteilt. Ein Kanton verliert seinen Anspruch, wenn sein Ressourcenpotenzial über den schweizerischen Durchschnitt steigt. Er erlangt den Anspruch nicht wieder, wenn er ressourcenschwach wird. Die entsprechenden Mittel werden unter den verbleibenden ressourcenschwachen Kantonen aufgeteilt.

*Art. 20 und 22*

*Aufgehoben*

## II

*Koordination mit dem Bundesgesetz vom 28. September 2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)*

<sup>1</sup> *Unabhängig davon, ob zuerst die vorliegende Änderung oder die Änderung des FiLaG im Rahmen der STAF<sup>3</sup> in Kraft tritt, lautet die nachfolgende Bestimmung mit Inkrafttreten der später in Kraft tretenden Änderung sowie bei gleichzeitigem Inkrafttreten wie folgt:*

*Art. 3 Abs. 3 zweiter und dritter Satz*

<sup>3</sup> ...Bei den Vermögen der natürlichen Personen berücksichtigt er die im Vergleich zu den Einkommen unterschiedliche steuerliche Ausschöpfung. Bei den Gewinnen der juristischen Personen trägt er der im Vergleich zu den Einkommen und Vermö-

<sup>3</sup> BBl 2018 6031

gen der natürlichen Personen unterschiedlichen steuerlichen Ausschöpfung Rechnung; dabei unterscheidet er insbesondere zwischen den Gewinnen nach Artikel 24b des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990<sup>4</sup> über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) und den übrigen Gewinnen.

<sup>2</sup> Mit Inkrafttreten der STAF lautet Artikel 23a Absatz 4 wie folgt:

*Art. 23a Abs. 4*

<sup>4</sup> In den Jahren nach Absatz 3 richtet sich die Mindestausstattung nach Artikel 3a Absatz 2 Buchstabe a nach den massgebenden Ressourcen im vierten Jahr nach Inkrafttreten der Änderung. Der Bund leistet den betroffenen Kantonen Ergänzungsbeiträge von jährlich 180 Millionen Franken. Diese werden bei der Berechnung der Mindestausstattung nicht berücksichtigt.

### III

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Ständerat, 21. Juni 2019

Der Präsident: Jean-René Fournier  
Die Sekretärin: Martina Buol

Nationalrat, 21. Juni 2019

Die Präsidentin: Marina Carobbio Guscetti  
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Datum der Veröffentlichung: 2. Juli 2019<sup>5</sup>

Ablauf der Referendumsfrist: 10. Oktober 2019

<sup>4</sup> SR 642.14

<sup>5</sup> BBl 2019 4501